

An alle, die mit uns zusammen gegen den Krieg am Golf auf der Straße waren!
An alle, denen ein "bißchen Frieden" in der Welt zuwenig ist!

Der Krieg auf der arabischen Halbinsel ist nur vordergründig beendet. Er ist von einem Krieg hoher Intensität zu einem Krieg niedriger Intensität zurückgekehrt, wie er dort seit Jahren geführt wird. Täglich sterben noch viele Menschen, und die Waffenlieferungen in diese instabile Region haben nicht aufgehört. In Deutschland haben die Vorbereitungen für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr im Rahmen einer europäischen schnellen Eingreiftruppe begonnen, denn beim nächsten Krieg will Deutschland als Weltsherriff mit dabei sein.

Es ist klar, daß wir, das saarländische Friedensbündnis, weiterhin aktiv bleiben wollen.

Als eine Initiative wollten wir mit allen Gruppen der Friedensbewegung und allen Menschen, die ernsthaft gegen Kriege sind, den diesjährigen Ostermarsch machen. Die Ostermärsche stehen in der Tradition der Friedensbewegung. Der Ostermarsch 1991 in Saarbrücken wird, wie schon der Ostermarsch 1990, von der saarländischen SPD initiiert. Sie hatte ihn bereits am 4.12.1990 ohne Absprache mit Friedensgruppen bei der Stadt Saarbrücken angemeldet. Die SPD beanspruchte von Anfang an die inhaltliche und praktische Bestimmung des Ostermarsches für sich allein. Aus Protest gegen dieses Vorgehen haben mehrere Friedensgruppen den Ostermarsch-Aufruf der SPD nicht mitgetragen.

Das saarländische Friedensbündnis wurde genauso wie jede andere Gruppe der Friedensbewegung außerhalb der SPD vor vollendete Tatsachen gestellt. Nach dem Motto: "Mitmachen kann Jeder, aber die politische Marschrichtung bestimmen wir."

Wir lehnen eine solche Ranghehungsweise grundsätzlich ab, weil sie unseren Vorstellungen von demokratischer und gleichberechtigter Politik entgegensteht.

In der Planung und Organisation der regionalen Initiativen gegen den Golfkrieg (z.B. die große Demo am 12.1., die Demo und Blockade gegen die AMF-Kaserne in Saarlouis, die deutsch-französische Demo zur Goldenen Bremm...) war es uns wichtig, die dafür notwendigen Diskussionen gleichberechtigt zu führen. Jede Stimme zählt, und alle im Montagstreifen können ihre Gedanken und Vorstellungen einbringen. Politische und praktische Dominanz einzelner Gruppen oder Parteien - wie sie jetzt von der saarländischen SPD in Bezug zum Saarbrücker Ostermarsch praktiziert wird - wollen und werden wir nicht zulassen. Dafür ist uns die Unabhängigkeit der Friedensbewegung zu wichtig.

Wir wollen nicht, daß der Saarbrücker Ostermarsch zu einer rein parteipolitischen Angelegenheit der SPD verkommt. Die SPD ist nicht die Friedensbewegung, auch wenn einige ihrer führenden Politiker immer wieder versuchen, sich an ihre Spitze zu stellen, um sie zu kontrollieren und für ihre eigene Machtpolitik einzuspannen. Darüberhinaus sprechen wir der SPD und ihren führenden Politikern ab, daß ihre tatsächliche Politik dem Frieden dient.

- Wer für die Änderung des Grundgesetzes zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr ist,

- wer ausdrücklich keinen Waffenstillstand fordert, während die irakische Bevölkerung mit Flächenbombardements terrorisiert wird, und stattdessen den "Atlantik-Brücke-Aufruf" zur Unterstützung der alliierten Truppen am Golf unterzeichnet (Hans Apel, Holger Börner, Willy Brandt, Björn Engholm, Hans-Ulrich Klose, Hans Koschnick, Anke Fuchs, Hermann Rappe, Helmut Schmidt),

- wer für die NATO, für die westeuropäische Verteidigungsunion als 2. Säule der NATO, für die deutsch-französische Brigade ist (Oskar Lafontaine in seinem Buch "Die Gesellschaft der Zukunft)

- wer einer Steuererhöhung zur Finanzierung des Golfkrieges zustimmt,

kann nicht gleichzeitig für den Frieden sein.

Euch möchten wir dazu auffordern, Eure Augen und Ohren offenzuhalten für das, was gesagt, und das, was tatsächlich gemacht wird. Traut nur denjenigen gesellschaftlichen Gruppen und Menschen, deren Worte auch mit ihrem Handeln übereinstimmen. Mißtraut denjenigen, die Arrangements mit zweideutigen Positionen eingehen.

Während die Friedensbewegung durch die Umstrukturierung der Bundeswehr für ihren geplanten weltweiten Einsatz massiv gefordert ist, betreibt der SPD-Bundesvorstand einschließlich Oskar Lafontaine eine gegenläufige Politik.

Im Leitantrag des Parteivorstandes für den SPD-Parteitag in Bremen heißt es unter Bezug auf die BRD: "Gleichzeitig muß sie in der Lage sein, sich im Rahmen der UNO und unter UNO-Kommando an friedenssichernden Einsätzen (Blauhelme-Missionen) zu beteiligen." Die Streichung der Einschränkung auf "Blauhelme-Missionen" hat der zukünftige Parteivorsitzende Björn Engholm bereits angekündigt (FAZ, 20.3.91).

Lassen wir uns nichts vormachen. Nach der Steuerlüge der CDU kommt jetzt die "Blauhelm-Lüge" der SPD. In Wirklichkeit geht es um deutsche Eliteeinheiten, integriert in westeuropäische Militäreinheiten für Einsätze in aller Welt. Die Idee dazu entstand schon im Frühjahr 1990. Sie war Teil der Diskussion um die Umstrukturierung der NATO, deren Ziel es ist, Selbständigkeitsbestrebungen der Völker der sogenannten Dritten Welt und das Aufbegehren der Menschen gegen die ungleiche Verteilung der Reichtümer der Erde militärisch zu ersticken.

Mit der Entfesselung des Golfkrieges hat eine neue Runde von heißen und kalten Kriegen der reichen Länder des Nordens gegen die verarmten Länder des Südens begonnen. Ihr Ziel ist - nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes - die Stabilisierung der alten Weltordnung. Der Reichtum der Welt soll weiterhin so verteilt bleiben, daß bis zum Jahr 2000 Fünfzig-Millionen Kinder werden sterben müssen (Prognose von UNICEF), damit eine vergleichsweise winzige Schicht der Weltbevölkerung im Überfluß leben kann.

Das Leid in der Welt muß ein Ende haben!

- AUFLÖSUNG VON NATO UND WEU!
- OB MIT BLAUEM ODER GRÜNEM HELM - NEIN ZUM WELTWEITEN EINSATZ DER BUNDESWEHR!
- ABZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN AUS DER "NAH-OST-REGION"!
- EINSTELLUNG ALLER WAFFENEXPORTE UND DER RÜSTUNGSPRODUKTION!
- SELBSTBESTIMMUNGSRECHT FÜR ALLE UNTERDRÜCKTEN VÖLKER, EINSCHLIESSLICH DER VÖLKER PALÄSTINAS UND KURDISTANS, WAS DAS RECHT AUF EIGENE STAATEN MITEINSCHLIESST!

SAARLÄNDISCHES FRIEDENSBÜNDNIS, 26.03.1991

Zur Zeit bereiten wir eine internationale Demonstration mit Friedensgruppen aus Frankreich, Belgien, Luxemburg und Rheinland-Pfalz vor. Die Demo wird sich gegen weltweite EG-Interventionspolitik wenden. Sie findet am 20.04.91 in Luxemburg statt.

Wir treffen uns zur Vorbereitung dieser und anderer Aktionen
**jeden Montag in der Alten Feuerwache, Am Landwehrplatz
um 19.30 Uhr.**

Für die Demo am 20.04. organisieren wir Mitfahrgelegenheiten. Bei Interesse könnt Ihr Euch an uns wenden oder an die Landesgeschäftsstell der Grünen, Tel. 06 81 / 3 38 81.